

**Bezugspreis**  
Der Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Abstellung 1.60 Mark, vierteljährlich  
4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark  
Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
bestimmten Zeitungsverzeichnis unter  
„Sozial-Zeitungen“ eingetragen. Für un-  
erlangte eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Abdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Sozial-Zeitung“ gestattet.  
Verantwortl. der Schriftleitung Hr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Hr. 1142,  
der Geschäfts-Abteilung Hr. 1133,  
des Druckers-Konto Leipzig Nr. 4609.

**Anzeigen**  
werd. 2.70 je Zeile, 30 mm br. Kolonnen-  
zeile oder deren Raum mit 40 Pf.  
berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenschäffern  
angewandt. Kolonnen die 22 mm  
breite Zeile 1.25 Mt. Anzeigun-  
genannahmschluss vorm. 11 Uhr,  
für die Sonntags-Nr. abends  
6 Uhr. Abstellungen, soweit zu-  
lässig, müssen schriftlich erfolgen.  
Erstattungsart: Kasse, Erchein-  
tagl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-  
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,  
Neue Promenade 16, Gr. Braun-  
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle:  
Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

# Sozial-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 27.

Halle, Freitag, den 17. Januar.

1919.

## Scheidemann über Liebknechts Tod.

für Groß-Deutschland.

Eine Rundgebung der deutschen Presse.

Wir demokratischen Leute mit der gesamten deutschen Presse  
für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation.  
In Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke fordern  
wir die sofortige Durchführung des am 12. November 1918 von  
den Deutsch-Österreichischen Nationalparlamenten ausgesprochenen  
Wunschschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland. Der Wille der  
Deutsch-Österreicher ist auch der unsere.  
Wir grüßen unsere Brüder in Deutsch-Österreich, die Substanz  
auch die tapferen Verteidiger Deutsch-Böhmens, des Sudeten-  
landes und der deutschen Eidpalmen als Bürger Groß-Deutschlands.

Keine deutschen Kleinstaaten mehr.

Aufteilung Preußens in 7 oder 8 Einzelstaaten.  
Berlin, 16. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Unter der  
führigen Reichsverfassung, die im Entwurf ausgearbeitet ist, über-  
sie jedoch die verfassunggebende Versammlung das letzte Wort zu  
sprechen haben wird, soll sich die Zahl der deutschen Einzelstaaten  
um einige verringern. Das neue Deutschland wird keine  
Kleinstaaten mehr kennen und der größte Staat, Preußen, soll  
in 7 oder 8 Einzelstaaten aufgeteilt werden. Das  
Reich würde darnach aus etwa 17 Einzelstaaten bestehen.  
Gebiete, die mehr als 2 Millionen Einwohner haben, können sich  
zu einem föderalen Freistaat zusammenschließen. Im Entwurf hat  
man bereits vorgesehen, daß folgende Gebiete sich zu selbständigen  
Freistaaten zusammenschließen können: Schlesien und Teile  
von Posen, Ostpreußen und Teile von Westpreußen, Brandenburg  
und Pommern mit dem Mecklenburg, die Stadt Groß-  
Berlin, Hannover und Hildesheim, Westfalen, das Rheinland, Hessen,  
Böhmen unter Ausschluss preussischer Gebiete, Thüringen mit  
seinem Regierungsbezirk Erfurt, Baden, Württemberg, Bayern, die  
hannoversche und schlesische Provinzen, und als besonderer Frei-  
staat Wien. Die einzelnen Freistaaten werden ihre Landesange-  
legenheiten nach eigenem Ermessen ordnen können, doch sollen ge-  
wisse Grundzüge in die Reichsverfassung aufgenommen werden,  
die für alle verbindlich sind. Darin wird u. a. auch die Art des  
Wahlrechts gefestigt, das für alle Staaten des Reiches und auch  
für die einzelnen Landtage, das für die Wahlen zur National-  
versammlung eingehend werden müßte. Eine Reihe von Souverän-  
itäten wird ferner dem Reich vorbehalten werden, darunter auch  
die Landesverordnungen. Bei der Einteilung und Neubildung der  
bestehenden Einzelstaaten scheint man übrigens nicht berücksichtigt  
zu haben, daß es kaum angängig sein dürfte, bestehende einheit-  
liche Wirtschaftsgebiete zu trennen.

Scheidemann über Liebknecht.

Die Niederwerfung des Spartakusbundes  
eine Retrospektive.

WTB. Kassel, 16. Januar. (Drahtnachricht.) In der  
Stadthalle hielt der Reichspräsident Scheidemann heute  
abend vor einer noch tausendköpfigen Wählerversammlung eine  
Rede, in der er mit Bezugnahme auf die jüngsten Berliner Vor-  
gänge u. a. sagte: Die Menschen von Spartakus sind ein seltsames  
Gemisch. An ihrer Spitze stehen und stehen zum Teil Personen,  
die von einer politischen Wahnidee verblendet sind und waren. Ich  
bin ausdrücklich waren, denn die Möglichkeit zum Tode Liebknechts  
und der Frau Luxemburg ist richtig, wie mir aus Berlin telegraphisch  
mitgeteilt wird. So sind sie selbst Opfer ihrer eigenen Wahn-  
ideen geworden. Bei Frau Luxemburg, einer hochbe-  
gabten Person, die vorwiegend einen deutschen Arbeiter gebildet  
hatte, um die deutsche Staatsanschuldigung zu erwerben und sich  
deshalb vor Ausweisung zu schützen, ist mit der Sozialdemokratie  
politisch, nicht aber bei Liebknecht. Karl Liebknecht hat sich voll-  
ständig in die russische terroristische Politik einlassen lassen. So-  
zialdemokraten werden Liebknecht und Frau Luxemburg immer nicht  
mehr. Den Sozialdemokraten sind die Gehele der Demokratie heilig,  
gegen die sie sich jenseits aufstellen. Bei jener Wahnidee hat sich  
auch neben irrenden Arbeitern das wilde verdrängende  
Gefühl an ihre Spitze gestellt. Darum müßten und müssen wir  
bekämpfen. Wir sind ein reiches Volk und wir können  
mit moralischen Mitteln, denn andere haben wir nicht mehr, um  
einen gerechten Frieden. Wenn wir jetzt in Anarchie verfallen,  
dann wird sich jeder durch den Willen zu handeln und der Spartakus  
in einem neuen Krieg stehen würden, dann würde auch das Recht  
verloren. Darum haben wir uns bemüht, darum müßten wir uns  
wehren und darum bedeutet die Niederwerfung des Spar-

takusbundes für unser Volk, ganz besonders auch für die Ar-  
beiterklasse einen Akt der Rettung, den zu vollbringen wir vor  
unserem Volke und vor der Geschichte verpflichtet waren.

Untersuchung in Sachen Liebknecht  
und Rosa Luxemburg.

Berlin, 16. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die Gede-  
fanenverleumdung seitens des Reichspräsidenten Scheidemann  
den Führer der Bolschewisten von Dr. Liebknecht und Frau  
Rosa Luxemburg ihre Dienstpflicht erfüllt haben, ist die gericht-  
liche Untersuchung eingeleitet worden. Der die Begleitmannschaft  
der Frau Rosa Luxemburg begleitende Offizier ist keine Dienst-  
pflicht entbunden, weil fargelegt werden muß, warum er zum  
Schutz der Frau Luxemburg nicht gegen das Publikum vor der  
Wahl geschritten war.

WTB. Berlin, 16. Jan. (Drahtnachricht.) Die  
Regierung hat über die Umstände, die zum gewaltsamen Tode  
Dr. Rosa Luxemburgs und Dr. Karl Liebknechts geführt haben,  
die strengste Untersuchung eingeleitet. Schuldige werden nach dem  
Gesetz bestraft werden. Die beiden Getöteten hatten sich zweifellos  
schwer am deutschen Volke vergangen. Sie hätten jedoch ebenso  
jenseitlich einen Anspruch auf Acht, das Schicksal bestraft, aber  
auch vor Urrecht steht. Ein Akt der Verrätherie, wie er an Rosa  
Luxemburg begangen worden zu sein scheint, schändet das deutsche  
Volk, und jeder, auf welcher Seite er auch politisch stehen mag,  
wird ihn selbst verurteilen. Ist im Falle Luxemburg das Gesetz  
offenbar verletzt worden, so bedarf es auch im Falle Liebknecht  
noch der Aufklärung, ob er nach gesetzlichen Vorschriften behandelt  
worden ist. Sollten sie verletzt sein, so müßte auch hier in der  
stärksten Weise eingegriffen werden. Die traurigen Vorgänge  
der letzten Wochen zeigen leider, wie tief infolge des Krieges die  
sittliche Verrohung eingedrungen ist und wie wenig ein Menschenleben  
gachtet wird. Es ist Zeit, daß auf allen Seiten die Spannung  
wiederholt, wenn nicht mit der Humanität alle politischen und  
materiellen Werte unseres Volfstums vernichtet sind.

Die Beseitigung der Spartakusanhänger.

Berlin, 16. Januar. (Privattelegramm.) Als heute  
abend waren im Stadthaus über 30 Reichsangehörige,  
viele hundert Parteimitglieder und große Mengen von  
Spartakisten in die Hände der Reichswehrstruppen gefasst. Mehrere  
Personen wurden festgenommen, darunter 24 Frauen. Nach voll-  
ständiger Entwaffnung der Reichswehrstruppen ist die Beseitigung  
der Spartakusanhänger auch in den übrigen Gebieten des Reiches  
durchgeführt worden. Ueber die Maßnahmen eines künftigen Dis-  
ziplinarverfahrens wird die Nationalversammlung zu beschließen haben.

Geheime Friedensverhandlungen.

Hag, 16. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Sämtliche Kor-  
respondenten der britischen und amerikanischen Blätter haben fröhlich  
Stellung genommen gegen den französischen Vorschlag, welcher vor-  
zuziehen und Japan unterliegt wird, die Dessenitätigkeit der  
Kriegsverhandlungen vollständig auszuschließen und allen Delegierten  
Gleichberechtigung anzuerkennen. Das von den letzten Wählern  
von Amerika und England wurde der Vorschlag auf Geheim-  
haltung mit drei gegen zwei Stimmen angenommen. Nur wurde  
das Zugeständnis erteilt, daß der amtliche Bericht am nächsten  
Tage durch eine Uebersicht der Aussprache ergänzt werden dürfe.  
Sofort, nachdem diese Entscheidung bekanntgegeben worden war,  
haben 200 amerikanische Journalisten und die englischen und  
französischen Vertreter Verwahrungen abgegeben, worin Pro-  
teste an Lloyd George und Wilson beschloßen wurden mit der  
Begründung, daß dieses Verfahren schon vollständig gegen die  
ersten der 14 Punkte Wilsons verstoße, nämlich daß der Frieden  
erstreckt werden müßte durch einen öffentlichen Vertrag, der in  
aller Öffentlichkeit zuhandeln kommen sei. — Die Chicago Trib-  
une sagt dazu: Die Delegierten dürfen sich nach wie vor mit  
den Friedensverträttern unterhalten, aber nur über das Wetter, die  
Ernteaussichten und das Treiben auf den Boulevard. Nur über  
das, was hauptsächlich interessiert, nämlich den Frieden, dürfen  
sie nicht sprechen. Darüber wird die Öffentlichkeit chloroformiert  
und die Wähler dürfen nicht erfahren, was die Herren hinter ver-  
schlossenen Türen über das Schicksal der Welt entscheiden.

Luzemburg bleibt Monarchie.

Genf, 16. Januar. (Privattelegramm.) Einer Sondermeldung  
zufolge befähigte die Luxemburgische Kammer die Proklamie-  
rung der Republik Charlotte mit 50 gegen 30 Stimmen. Luzem-  
burg bleibt also Monarchie. (Nach der Redaktion: Die Macht  
des katholischen Klerus in diesem kleinen Lande hat sich also stärker  
ermielt, als die Macht der Revolution. Wäre die revolutionäre  
Welle aus dem Westen, von Frankreich, hergekommen, wäre Luzem-  
burg heute keine Republik.)

Stroverfahren gegen Caillass.

Genf, 16. Januar. (Privattelegramm.) Gegen den ehemali-  
gen französischen Minister Caillass ist wegen Einverleumdung mit  
dem Feinde, wie der Katin mittelst, die Anklage erhoben. Ver-  
urteilungstermin ist der 2. März.

Kirchenglocken im neuen  
Deutschland!

D.P.K. Die Deutsche demokratische Partei  
hat das nachstehende Flugblatt ausgeben:  
Am 19. Januar wird die Nationalversammlung gewählt  
Sie wird darüber zu entscheiden haben, wie sich das Ver-  
hältnis von Kirche und Staat im neuen Deutschen Reich  
gestalten soll. Die bisherige Regierung hatte uns Herr  
Wolf Hoffmann als Kultusminister zugeweiht. Dieser  
„Minister“ verfügte sofort die Trennung von Kirche  
und Staat.

Welche Absicht leitete ihn? Die Religion sollte aus dem  
neuen Deutschland ausgeschlossen werden wie ein lästiger  
Austländer. Der Staat sollte hierfür die großen Religi-  
onsgemeinschaften wieder unterstützen noch jähren. Die  
Religion sollte hierfür keine Heimatsbedingung in den  
Schulen haben. Aus solchen Verfügungen spricht nicht der  
Geist der Klugheit, der Mäßigung und der Gerechtigkeit!  
Die sonstigen Anordnungen der vorläufigen Regierung  
wurden von der Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt  
oder schweigend hingenommen. Die Verfügungen des  
„Ministers“ für Wissenschaft, Kunst und Volkshochschule  
aber riefen einen Sturm des Unwillens nach, das  
sich in lauten Protesten äußerte. Das deutsche Volk  
weiß umfand, daß ein frevelndes Hand das heilige  
Heiligum der Volkseele antastet wollte. Auch  
in den entbehrungsreichen Kriegsjahren hatte man es neu  
gelehrt: Der Mensch lebt nicht von Brot allein! Darum  
ließen Evangelische und Katholische mit lauter  
Stimme der Regierung zu: Die Hände weg von  
unserem Heiligum!

Was tat nun die Regierung? Sie hielt zwar einen  
Augenblick in ihrem Reformier inne, aber ihre Absicht hat  
sie nur aufgehoben, nicht aufgehoben!  
Deutsche Vorkämpfer! Wir erheben einmütig laute  
Proteste gegen denartige Maßnahmen und Absichten der  
Regierung! Für eine barte, schwere Zukunft erheben wir  
die mächtigsten Lebensbedingungen für alle Glieder  
unseres deutschen Volkes.

Aber wir wünschen keine Politik, die nur  
an einen vollen Geldbeutel denkt, dabei  
aber die Schatzkammer des deutschen Gemütes  
entleert.  
Religion ist eine persönliche Angelegenheit des ein-  
zelnen Menschen. Gewiß! Aber sie ist auch eine wichtige  
Angelegenheit des ganzen Volkes! Religiosität gehört  
zu dem wichtigsten Bestand der deutschen Kultur.  
Jeder Schlag gegen die Religion ist ein Schlag gegen die  
deutsche Volkseele! Aber die Religion schützt, arbeitet für  
das Heil des deutschen Volkes! Niemand darf angekräft  
unser Religion antastet! Wir treten schützend vor unsere  
Altäre! Wir verlangen mit aller Entschiedenheit

Sicherung und Schutz für die Ausübung der Religion!

Mit einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche  
und Staat sind auch wir einverstanden!  
Aber es ist durchaus nicht gleichgültig, in welchem Geist  
diese Neuordnung erfolgt! Nicht der blinde Haß gegen die  
Religion darf dabei das große Wort führen. Wir fordern  
den Geist des Verständnisses für die tiefen Bedürfnisse der  
deutschen Volkseele. Nicht Verbotswort, sondern Wohl-  
wollen! Nicht tyrannischen Unverstand, sondern klare Einsicht!  
Nicht häufige Uebersetzung, sondern planmäßiges Vorgehen!  
Aber das meint, für sich persönlich die Religion entbehren  
zu können, der wunde ungehebert seinen einjamen Fied!  
Die Freiheit der Uebersetzung ist ihm gewährleistet!  
Wer sich außerhalb der kirchlichen Gemeinschaft helfen  
will, dem werde kein Hindernis in den Weg gestellt!  
Aber das Recht der vielen Millionen, die  
eine große religiöse Gemeinschaft bilden wollen, verlangt  
vollen Respekt! Die hohe Würde der Kirche muß ge-  
wahrt bleiben, ihre materiellen Grundlagen müssen sicher-  
gestellt werden.

Wir verlangen, daß die Beamten und Lehrer der be-  
stehenden Religionsgemeinschaften in ihrer Ausbildung und  
in der Ausübung ihres Berufs den staatlichen Schutz  
genießen.

Statt der laufenden staatlichen Geldunterstützungen eine  
gerechte finanzielle Abfindung! Für die finanzielle  
Verwaltung der Kirchen das Recht der Steuer-  
erhebung! Für die Ausübung des Kultus staatlichen  
Schutz! Im Lehrpläne der Schule einen Platz

# Reaktion bekämpfen. — Räte Delius wählen!

der Religionsunterricht! Im Schulgebäude eines Raums für Religionsstunden! In seiner Behauptung darfst du die Kindesrechte nicht gegen die Religion setzen, die wir in den Universitäten lehren, die die Möglichkeit für wissenschaftlich-theologische Studien!

Aber anders will, der verständig ist an unserem Votum Eine Partei, die diese Forderungen nicht erhebt, hätte keinen Anspruch darauf, sich deutsch zu nennen. Die Deutsche demokratische Partei erhebt mit Nachdruck diese Forderungen. Ihr Wahlspruch lautet: „Wir verlangen die Freiheit des Gewissens und der Religionsübung. Eine Trennung von Staat und Kirche ist nur denkbar unter voller Wahrung der Würde und unter Sicherung der finanziellen Selbständigkeit der Kirche.“

Deutsche Männer und Frauen! Freiheit des Gewissens und Freiheit des Glaubens! Aber diese Forderung nachdrücklich im neuen Deutschland stellen werden will, der werde Mitglied der Deutschen demokratischen Partei! Denkt daran, was euch selbst heilig ist und was ihr euren Kindern sichern wollt, und treue vertrauensvoll ein in die Deutsche demokratische Partei!

**o. Batschi als freiwilliger Soldat.**  
WTB. Batschi, 18. Jan. 18. Jan. (Wohlfahrt). Oberpräsident von Batschi erließ einen Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die österreichische Volkswacht, in dem es am Schluss heißt: Weil die Zeit eher weniger ermahnende Worte als befehlende Taten fordert, werde ich 1. März um 10 Uhr, wo ich mit dem größten Teil meiner Verdienste noch vorläufig letzte feine weiche und wo es an der Grenze Ernst werden sollte, trotz meiner 51 Jahre in die Volkswacht einziehen und zwar, da es mir an der Kräfteverehrung vor dem Feinde istigen Grundbesitzes fehlt, als einfacher Soldat. Oberpräsident von Batschi.

**Varenensand vom linken Rheinufer.**  
r. Köln, 16. Jan. (Wohlfahrt). Wie die Internationalen Telegraphenagentur von gutunterrichteter Quelle erzählt, beschäftigt die britische Behörde, für bestimmte Arten von Waren den Versand nach linken Rheinufer nach dem unbesetzten Deutschland in absehbarer Zeit zu gestalten. Eine Liste der freizulassenden Waren wird nach Abschluß der Verhandlungen mit der Reichsregierung der Vereinstarifkommission vorgelegt werden. Diese bevorstehende Verordnung der britischen Zollverwaltung ist im Interesse der wirtschaftlichen Begehrtheit zahlreicher einzelbetrieblicher Betriebe aufrichtig zu begrüßen. Manches große Werk hatte lange Zeit seine Bezirke schließen müssen, weil es ihm an Rohstoffmaterial für seine Waren fehlte. Die notwendige Menge der Rohstoffe wurde durch die Arbeiter, deren Zahl in manchen Städten sich auf Tausende belief.

**Zechnstündiger Arbeitstag.**  
r. Köln, 16. Jan. (Wohlfahrt). Wie das „Königliche Tageblatt“ erzählt, hat die Kommission der Sachverständigen des Reichstages beschlossen, daß das Personal der Eisenbahnen der rheinischen Provinz, das der Kontrolle der internationalen Eisenbahnen untersteht, den zehnstündigen Arbeitstag wieder aufnehmen hat. Diese Bestimmung wird bereits in den nächsten Tagen zur Durchführung gelangen. In den Hauptverhältnissen ist der zehnstündige Arbeitstag wieder eingeführt worden.

**Demokratie und Bauernschaft!**  
Von Dr. Fritz Selverien.  
DPK. Es ist die erste der erteilten Entscheidungen des diesjährigen Reichstages, daß die deutsche Landbesitzung sich in ständig wachsendem Maße der freihändlerischen Sache gewendet. Besonders zeigt sich dies in den südlichen und mittleren Provinzen Preußens, wo bisher der Druck seitens des großgrundbesitzigen und mit ihm eng verbundenen Verwaltungsapparates aufs Schwere auf der Bevölkerung lastete. Nun ist die Zeit gekommen, wo das nationale Landvolk aufstehen kann, und wo endlich das Werk der Bauernbefreiung fortgesetzt und vollendet werden muß. Dieses Werk vor allem in der politischen Bewegung und Mündigmachung der gesamten bäuerlichen und Landarbeiterbevölkerung bestehen. Das alte preussische Verwaltungssystem spaltete die übertragene Mehrheit der ländlichen Bevölkerung vom Mitspracherecht ab, was vollständig aus; in den Kreis-Bezirkslandtagen, in den Landparlamenten herrschte der Großgrundbesitz; überall kam das Interesse des eigentlichen Landvolkes zu kurz. Die Demokratie muß auf diesen Gebieten herrschen und werden und den Wandel „in diesem Reich für alle“ mit entscheidender Energie durchsetzen. Die Wohlhabenheit der Gutbesitzer und ihrer lehrerlichen Bevölkerung, ihre Vereinigung mit der nächsten Gemeinde muß eine der ersten Taten in dieser Richtung sein. Dann aber muß die Fortsetzung des Befreiungswerkes darin bestehen, daß die Bauernschaft wieder einen großen Teil des Landes zurückfindet, das ihr durch das Veräußern und die mangelhafte Durchführung der Bauernbefreiung im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts verlorengegangen ist. Die Abfassung aller

**Am Ehre und Recht.**  
Roman von Fr. Sembriner.  
42. Fortsetzung. **Stadtmid verstein.**  
„Nun“, nahm Crifa das Wort, „glaubst du noch an eine Auslösung?“  
„Nein“, ließ er hervor.  
„Der Kampf hat begonnen, Fritz, meine Mutter hat ihn eröffnet. Und glaube mir, ebenso schonungslos, wie sie gegen dich vorgeht, wird sie auch gegen mich vorgehen. Nur wenn wir mit einem unantastbaren Beweise deiner Schuldlosigkeit kommen, wird sie vielleicht zu einer Auslösung bereit sein.“  
Fritz dachte an das, was ihm sein Rechtsanwalt gesagt hatte:  
„Aber wie, wenn wir diesen Beweis nicht erbringen können?“ rief er leidenschaftlich aus. „Wenn Umstände dazwischen liegen, welche nicht aufzulösen sind? Wenn sich der geliebte Gegenstand nicht wiederfindet?“  
„Wenn alles das eintritt, was du da aussprachst, dann steht meine Überzeugung von deiner Schuldlosigkeit doch unerschütterlich fest, und mein Blick ist um so mehr an deiner Seite, ein Zeugnis für deine Ehre abzugeben.“  
„Du würdest auch dann zu mir halten?“  
„Erfest recht?“  
„Du würdest nicht an mir zweifeln?“  
„Niemals.“  
„Crifa“, meinte Crifa, wie klein bin ich dir gegenüber.“  
Er streckte ihr die Hände entgegen, in die sie die ihrigen

**Wenn Ihr „Deutsch-National“ wählt, dann unterstützt Ihr die konservative Partei, die Euer Vaterland, Euch selbst und Eure Familien ins Unglück gestürzt hat.**

**Jeder aufrechte Mann, jede einsichtige Frau wählt die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei. Wählt Liste Delius!**

**Berichte des Großgrundbesitzes (Bäuerliche, Patronate usw.)** bildet eben einen Teil des demokratischen Programms wie eine leitende Zielvorgabe. Besonders muß in den Provinzen Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, Schleien und Teilen von Brandenburg dafür georgt werden, daß der Großgrundbesitz, der dort teilweise mehr als die Hälfte des Landes in Händen hat, auf ein geordnetes Maß zurückgeführt, und auf dafür geeigneten Grundstücken Tausende von neuen Bauernhöfen begründet werden. Doch die Deutsche demokratische Partei in jedem Falle darauf Bedacht nehmen wird, das Interesse der bäuerlichen Bevölkerung durch Förderungsmagnahmen der Produktion und, wenn es die allgemeine Wohlfahrt notwendig machen sollte, durch geeignete Schutzmaßnahmen wahrzunehmen, vorerst sich nur selbst. Die Erhaltung einer starken und freien Bauernschaft ist die Voraussetzung jeder gesunden Staats- und Volkswirtschaft. In den meisten Wahlkreisen ließen namhafte Vertreter der bäuerlichen Bevölkerung auf den demokratischen Listen. Wählten diese recht zahlreich am 18. Januar gewählt werden und in der Nationalversammlung gegenüber den feindlichen Vertretern von rechts und links den zehnten Bestandteil für ländliche Fragen von links eine maßvolle und würdige Vertretung zu freien, selbstbestimmten, deutschen Bauernräten bilden!

**Der Zechenverband und die Arbeiterverbände.**

Essen, 16. Jan. In einem Schreiben an die vier Bergarbeiterverbände und sieben Angestelltenverbände teilt der Zechenverband in Essen mit, daß infolge der durch den Eisen Arbeiter- und Kohlenarbeiter vorgenommenen rechtsmündigen Beschlüssen seiner Freiheit und Bewegungsfreiheit eine ordnungsmäßige Erziehung der Beschäftigten nicht möglich ist. Im Schluß dieses Schreibens heißt es: „Wir glauben, daß das volle Verständnis ländlicher wirtschaftlicher Organisationen rechnen zu dürfen, wenn wir erklären, daß wir uns solange die besagte Freiheit und Unabhängigkeit in der Geschäftsführung nicht in vollem Maße wiederhergestellt ist und der vorgenommene gleichmäßige Eingriff besteht, ist nicht als verhandlungsfähig betrachten und für die Zeit von Verhandlungen absehen müssen. Wir werden uns gegen die Interessen der beteiligten Angestelltenverbände am Sonntag, den 18. d. M. drastisch mitteilen, ob absondern die Hibernische für die Abhaltung der für Montag, den 20. d. M. verabredeten Verhandlung weggelassen sein werden.“

**Aus der Provinz Posen.**  
Bromberg, 16. Jan. Gestern nachmittag sprengten polnische Banden die Bahn und Straßenbrücke südlich Neuhwalde. Die Stadt verlor ruhig.

**12000 Mark wöchentlich für den Berliner Vollzugsrat.**  
Unter den Magistraten der Groß-Berliner Bezirke herrscht stark Erregung darüber, daß der bestbesoldete Vollzugsrat des Bezirks I und S-Rates von ihnen je 12000 Mark wöchentlich ausbezahlt (!) hat. Der Vollzugsrat hat nämlich am 7. Januar an die Berliner Gemeinden folgendes Schreiben gerichtet:  
„An den Magistrat der Stadt . . .  
Beifolgend überreichte wir Ihnen eine Aufstellung unseres Haushaltsoveranschlagtes und benötigen wir pro Woche 12000 Mark für den Vollzugsrat der Groß-Berliner I und S-Rates, um diesen Betrag pro Woche zur Verfügung zu stellen oder eventuell einen größeren Betrag für

Wir geschön nur einmal zusammen, Fritz“, sprach sie mit Tränen im Auge lächelnd.  
Fritz zog sie an sein Herz.  
„Ja, meine Crifa, wir gehören zusammen für Leben und Tod“ — und zum erstenmal küßten sie sich, aber nicht mit der Fätschkeit eines losenden Brautpaares, sondern mit der ernstlichen, innigen Liebe zweier Menschen, die ein Bündnis auf Leben und Tod geschlossen unter Schmerzen und Gefahren. Ganz löste sich Crifa aus seinen Armen.  
„Wißt du mich jetzt auch noch fortzuführen?“ fragte sie. „Ja“, entgegnete er tief aufatmend, „ich erst recht.“  
„Ich erst recht“, fuhr er lebhaft fort, „denn niemand auf der Welt soll dir den geringsten Vorwurf machen können — du hast geliebt, Crifa, meine Ehre ist die deine — nun gut, so ist auch deine Ehre meine, und wenn du einst mein Weib, mein geliebtes, teures Weib wirst, dann soll auch nicht ein Schatten deine Ehre trüben.“  
„Daran habe ich gar nicht gedacht“, sagte sie freimütig.  
„Um so mehr muß ich daran denken, Feine! Jetzt habe ich dir zu sagen — aber fürchte nicht, daß ich dir zu deiner Mutter zurückfahre: ich werde meine Mutter, meine Eltern bitten, dich, meine Braut, meine hochgeehrte, edelmütige Braut aufzunehmen, und sie werden dich mit offenen Armen und treueren Herzen empfangen.“  
„Ich brauche niemanden, Fritz; Miß Bapley, die treue Seele, und ich werden bestimmen, Leben, und wir haben genug zum Leben.“  
„Mein, Liebste, das ist nichts. Miß Bapley, die treue Seele, wird mit dir im Hause meiner Eltern leben; dort findet du eine Heimat, bis ich dich hier als Heirat einfließen

einen längeren Zeitraum zu überweisen in der Nationalversammlung für Deutschland auf das Konto Müller-Mollenhuth & Co. Magaz.

Eine befehligte Aufstellung weist folgende Ausgaben nach:  
24 Mitglieder des Vollzugsrats täglich 40 Mk.  
3 Sekretäre des Vollzugsrats „ 35  
1 Beamten des Vollzugsrats „ 35  
6 Angehörige des Vollzugsrats „ 35  
1 Stenotypist des Vollzugsrats „ 25  
1 Stenotypist des Vollzugsrats „ 25  
1 Stenotypistinnen des Vollzugsrats „ 20  
1 Sanitätsabame des Vollzugsrats „ 15  
3 Mann Fahrbereitschaft: 1 Mann „ 35 2 Mann „ je 30

2 Kellner „ je 18  
So aller werden die Steuerelder bereit erubert. Das Material über diese Geschäftsaufstellung kommt gerade rechtzeitig genug, um dem Bürgertum die Augen zu öffnen, wohin die Entwicklung treibt.

**Unterzeichnung der Verlängerung des Waffenstillstandes.**

Berlin, 16. Januar. Die Verlängerung des Waffenstillstandes wird am 16. Januar in Triest von Staatssekretär Erzberger unterzeichnet worden.

**Dorpat genommen.**  
Sellingfors, 16. Jan. Gestern nachmittag um 2 Uhr wurde Dorpat nach heftigen Kämpfen in einem Kampfe von einem Panzerzug russischer Infanterie genommen. Um 5 Uhr zog sich der Feind in Unordnung und unter Hinterlassung von Kriegsbeute zurück.

**Lebensmittel für deutsche Kinder.**  
Frankfurt a. M., 16. Jan. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Berlin, daß die Internationales Komitee der Roten Kreuzes in Deutschland für den baltischen Roten Kreuz die Ermächtigung erteilt durch ein Berliner Bureau 500 000 Kilogramm Lebensmittel, die in Schweden lagern, sowie die nötigen Transportkosten, die der Rote Kreuz jenseit monatlich aus Dänemark erhalten kann, an die deutsche Kinder in den baltischen Ländern zu versenden. Die Verteilung wird durch eine deutsche Wohlfahrtsstelle mit dem Sitz in Berlin unter der Kontrolle des baltischen Roten Kreuzes vorgenommen werden. Der Vorstoß hat Staatssekretär Graf Wolff-Meternich übernommen. Zunächst sollen besonders die notleidenden Jugendlichen in den Provinzen bedacht werden.

**Weitere Lebensmittelkontrolle.**  
Amsterd., 16. Januar. Einem holländischen Blatte zufolge, erklärte der neue englische Lebensmittelkontrolleur Roberts, die Exekutivkommissionen machten die Bekämpfung der Lebensmittelverfälschung in England notwendig. Der obige Lebensmittelkontrolleur sei im Begriff, das britische Exekutivkomitee mit dem Sitz der internationalen Lebensmittelkontrolle während des Krieges für die alliierten Länder getan habe. England hätte sich natürlich mit den Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien in die Kontrolle

**Die Vorbereitungen der Friedenskonferenz.**

Paris, 16. Jan. (Sonder). Amtliche Mitteilung. Die Präsidenten und die Minister des Auswärtigen der alliierten und assoziierten Mächte hätten zusammen mit den japanischen Botschaftern in Paris und London gestern zwei Sitzungen ab. Es wurde die Erfüllung der Bedingungen der Konferenz fortgesetzt und die notwendigen Vorbereitungen werden, insbesondere hinsichtlich der Vereinigten Staaten von Amerika, das britische Reich, Frankreich, Italien und Japan durch je fünf Delegierte vertreten sein sollen. Die britischen Dominions und Indien werden folgendermaßen vertreten sein: je zwei Delegierte für Kanada, Australien, Südafrika, Indien, insgesamt die Eingeborenenstaaten und ein Delegierter für Neuseeland. Frankreich wird durch drei Delegierte, Belgien, China, Griechenland, Polen, Portugal, Rumänien, Serbien und die tschechoslowakische Republik durch je zwei Delegierte, Spanien durch einen Delegierten, Kuba, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama und Liberia durch je einen Delegierten vertreten sein. Auch Montenegro wird einen Delegierten bekommen, doch werden die Bestimmungen über die Bezeichnung dieser Delegierten erst dann festgelegt werden, wenn die gesamtstaatliche politische Lage dieses Landes aufgeklärt sein wird. Die Veranlassung bildet ein unklarer Ganges. Die Zahl der Delegierten ist ohne Einfluß auf die Position, die die vertretenen Staaten auf der Konferenz einnehmen. 2. Bei jeder Delegation ist eine Stellvertreterin anzunehmen. Dadurch wird es jedem Staat möglich sein, die Vertretung seiner Interessen nach seinem Belieben beschließen, wenn ihm ausgereiften Persönlichkeiten anzuvertrauen. Dieses System ermöglicht es insbesondere dem britischen Reich, um seine fünf Delegierten Vertreter der Dominions einschließlich Neuseeland, das keine besondere Vertretung hat, und Indien, auszuwählen.

„Meine Mutter, — lerne sie nur erst kennen — weiß ja schon, daß wir uns lieben.“

„Deine Mutter weiß um unsere Liebe?“

„Ja — ich kann ja kein Geheimnis vor ihr haben. Wenn ich in ihre Augen sehe, dann muß ich ihr alles sagen, was mein Herz bewegt. Und dir, mein Erbstöbchen, wird es auch so gehen — lerne nur meine Mutter erst kennen!“

„Ich sehe mich jetzt schon danach, sie kennen zu lernen.“

„Ja, Fritz, führe mich zu deinen Eltern, deiner Mutter — dort werde ich Bekanntschaft, dort werde ich eine Heimat wiederfinden, welche ich hier seit dem Tode meines geliebten Vaters verloren habe.“

„Er ist doch wieder in seine Arme. Dann zog er ihre Hand durch seine Arm und führte sie tiefer in den Garten hinein und erzählte ihr von seinen Eltern, von seiner Mutter und seinen Schwestern, und sie lauschte lächelnd seinen Worten, lebte das Haupt an seine Schulter und war glücklich.“

„Doch lange sollten sie sich diesem süßen Geplauder in der lieblichen Einlamkeit des hübschen Gartens nicht hingeben können. Miß Florence Bapley kam herbeigeeilt und machte ein sehr ernsthaftes Governamentgesicht, über das Crifa sich gelacht hätte.“

„Das ist nicht recht von Ihnen, Herr Born“, sagte Miß Bapley, „daß Sie so lange mit Crifa allein im Garten umherstreifen. Ich bin für Crifa verantwortlich — ich werde sie von jetzt an überhaupt nicht mehr allein im Garten spazieren gehen lassen.“

„Nachdem unvorne Crifa die treue Freundin und nicht, daß in den früheren Uebermut verfallen.“  
„Aber Bapley, er ist doch mein Verlobter!“  
(Fortsetzung folgt.)



